

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl RLP 2016 – Antworten der ÖDP Rheinland-Pfalz zu Fragen der Landjugend Rheinland-Nassau und Rheinhessen-Pfalz

1. Definition des Begriffs „bäuerliche Landwirtschaft“

In der Vergangenheit wurde wiederholt eine Rückkehr zur bäuerlichen Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz gefordert, die anscheinend den Gegenpol zur „industriellen“ Landwirtschaft darstellen soll.

Wir fragen:

Wie genau definieren Sie „bäuerliche Landwirtschaft“ und wie stellen Sie sich deren Umsetzung im Kontext ökonomischer Betriebsführung und der Notwendigkeit ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften angesichts aktueller Herausforderungen am Markt genau vor?

ÖDP: Wie wir in unserem Landtagswahl-Programm schreiben, muss „Die Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe und eine[r] flächendeckende[n] Landwirtschaft auch in ungünstigen Lagen [muss] Grundsatz der Agrarpolitik werden.“ Es macht ja auch wenig Sinn kleinere Betriebe zu fördern, wenn diese sich nicht rechnen würden.

„Bäuerliche Landwirtschaft[en]“ zeichnen sich, wie in der Frage angerissen, durch kleinere Betriebsgrößen als die „industriellen“ Betriebe aus. Dass damit nicht automatisch der Erlös der Produkte steigt, ist auch der ÖDP bewusst, weswegen wir eine Förderung der Direktvermarktung im Zuge der Regionalisierung fordern.

2. Finanzierungsplan und Personalentwicklungsplan sowie „Lehrerstellen“ an den DLRs - Konsequenzen auf die Anhörung zu unserem Positionspapier

Die DLRs in Rheinland-Pfalz sind bereits jetzt unterbesetzt. Viele Lehrer übernehmen weitere Aufgaben wie Forschung, Beratung, Prüfungen im Pflanzenschutz, EU-Kontrollen etc. Darunter leidet die Unterrichtsqualität und es kommt zunehmend zu Ausfällen. Die Altersstruktur der Lehrkräfte wird dazu führen, dass sich die Problematik in den kommenden Jahren weiter verschärfen wird. Die wenigen interessierten, qualifizierten Lehramtsanwärter werden zu selten übernommen. Der Standort Rheinland-Pfalz soll für Nachwuchskräfte wieder attraktiver werden. Die Landjugendverbände Rheinland-Pfalz haben zu dieser Problematik ein Positionspapier verfasst und Forderungen abgeleitet.

Wir fragen:

Wie planen Sie, mit diesen Forderungen umzugehen und dem Personalschwund an den DLRs entgegenzuwirken, um langfristig eine qualitativ hochwertige Ausbildung in der Landwirtschaft und dem Weinbau zu gewährleisten bzw. wieder zu erreichen?

ÖDP: Die von der Landjugend abgeleiteten Forderungen sind allesamt berechtigt! Die berufliche Aus- und Fachbildung in der Landwirtschaft stellt eine der Grundsäulen der Daseinsvorsorge und Selbstversorgung in Deutschland dar. Diese Säule nicht zu beschädigen und in ihrer Stärke zu bewahren und zu verbessern muss ein Kernpunkt der zukünftigen Landespolitik sein, d.h., dass der Lehrpersonalschlüssel verbessert werden

muss, dass Weiterbildungen auch für Lehrpersonal keine Ausnahme bleiben darf und auch Lehrmaterialien erneuert werden müssen.

3. Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit - Vereinbarkeit von Ehrenamt mit Beruf, Ausbildung und Studium

Deutschland ist auf das ehrenamtliche Engagement junger Menschen angewiesen. Viele sind motiviert und möchten sich zum Wohle anderer einbringen, können dies jedoch nur schwer mit ihren anderen Verpflichtungen wie Schule, Ausbildung, Beruf und Studium vereinbaren. Wir sehen es als dringend notwendig, eine Anerkennungskultur für ehrenamtliches Engagement zu schaffen, die es jungen Menschen ermöglicht, Freiräume zu nutzen, um sich in ihrem Ort, ihrer Gemeinde, ihren Berufsstand und für das Land Rheinland-Pfalz einzusetzen. Für die Qualität der ehrenamtlichen Arbeit wäre es zudem wichtig, Mittel bereitzustellen, um die Aus- und Weiterbildung ehrenamtlich Aktiver zu ermöglichen.

Wir fragen:

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um das jugendpolitische ehrenamtliche Engagement in Rheinland-Pfalz zu fördern?

ÖDP: Wie die Landjugend kennen wir das mitunter zeitraubende „Ehrenamtliche Engagement“ aus der Arbeit in politischen Untergruppierungen und anderen Vereinen, all zu gut. Die Förderung, Anerkennung und Honorierung des Ehrenamts kennt bekanntlich viele Wege, die zusammen dann meist doch zu klein sind. Hier muss dringend mehr Effizienz geschaffen werden, um die Anreize für ein Engagement klar aufzuzeigen und Freiräume zu nutzen.

Dass Kollisionen von Ehrenamt mit Arbeit oder Bildung nicht immer vermeidbar sind ist klar, aber wir werden alles daran setzen, dass eine Priorisierung des Engagements für einen Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler keine negativen Folgen haben darf!

4. Partizipation

Es ist wichtig, die Partizipation junger Menschen zu fördern und diese zu Wort kommen zu lassen. Oft werden junge Menschen weder gehört noch gefragt, obwohl es um Entscheidungen geht, die ihr Leben heute und in der Zukunft betreffen. Jugendliche müssen als wertgeschätzte Mitgestalter unserer Gesellschaft anerkannt werden. Junge Menschen müssen unterstützt werden ihre Interessen selbst zu formulieren und zu vertreten.

Wir fordern: Partizipation muss auf Landesebene über mandatierte Jugendvertreter erfolgen, statt über die willkürliche Auswahl von vermeintlich beispielhaften Einzelpersonen.

Wir fragen:

Wie planen Sie, junge Menschen stärker in den politischen Entscheidungsfindungsprozess einzubinden?

ÖDP: Die ÖDP fordert schon lange eine stärkere Beteiligung der Jugend in der Politik zuzulassen, wie dieser Auszug zeigen soll: „Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass Jugendliche

ab 14 Jahren auf Antrag ihre Interessen auch als Wähler selbst wahrnehmen können. Auf diese Weise wollen wir bewirken, dass Jugendliche möglichst frühzeitig mit wesentlichen politischen Vorgängen wie Wahlen vertraut werden und ihre Anliegen verstärkt Gehör finden.“ (oedp.de)

Darüber hinaus ist aber ein Mandat für einen breit unterstützten Jugendvertreter vorstellbar.

5. Lebens- und Bleibeperspektiven im ländlichen Raum

Ländliche Räume werden für junge Menschen aufgrund infrastruktureller Defizite zunehmend unattraktiv. Das öffentliche Verkehrswesen macht es insbesondere Jugendlichen schwer, Schule und Ausbildungsplatz zu erreichen, kulturelle Veranstaltungen zu besuchen, soziale Kontakte zu pflegen, etc. Hinzu kommt das Problem der ärztlichen Versorgung auf dem Land, da sich nur wenige Hausärzte außerhalb der Ballungszentren niederlassen wollen. Insbesondere in den letzten Jahren hat sich zudem die mangelnde Breitbandversorgung auf dem Land als großes Entwicklungshemmnis herausgestellt. Unternehmen und Betriebe können in Dörfern und Gemeinden mit schlechter Online-Anbindung nicht bestehen, Arbeitsplätze gehen verloren, Jugendliche fühlen sich abgehängt und ausgeschlossen.

Wir fragen:

Wie werden Sie diesen strukturellen Problemen begegnen, um die Lebens- und Bleibeperspektiven junger Menschen im ländlichen Raum nachhaltig zu verbessern?

ÖDP: Sie haben hier bereits viele Gründe genannt, die derartig offensichtlich sind, dass scheinbar nur eine betriebsblinde Regierung diese nicht sieht.

Der ländliche Raum schafft sehr viel Identität, die von immer weniger Menschen dauerhaft „genutzt“ wird. Dass junge Menschen nach einem Studium heute häufiger in der Stadt bleiben, als die Generationen zuvor, ist mittlerweile klar und die Gründe ebenso. Dieser Landflucht entgegen zu arbeiten muss in der Landespolitik zukünftig eine Priorität sein!

Der Breitbandausbau, der noch mit Aufrüstungen alter Leitungen angegangen wird, muss schleunigst in Glasfaser-Umrüstungen münden! Der ÖPNV muss auch außerhalb des Schulbusverkehrs eine Alternative zum Individualverkehr darstellen.

Aber vor allem muss die ländliche Versorgung mit Allgemeinmediziner verbessert werden, die in Rheinland-Pfalz noch nicht einmal die schlechteste ist. Angesichts dessen, dass 75% aller Allgemeinmediziner älter als 50 sind, ist aber der bevorstehende Handlungsbedarf enorm!

Einige Gemeinden versuchen schon mit Sonderanreizen Ärzte für eine Niederlassung auf dem Land zu gewinnen, aber auch das hilft (noch) nicht immer, denn in den letzten Dekaden sind aus den Medizinstudenten zu wenige „normale“ Hausärzte hervorgegangen. Daher sollten mehr Studierende zum Medizinstudium zugelassen werden.

6. Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum

Die Flüchtlingskrise beschäftigt ganz Deutschland. Viele vertriebene Menschen suchen in Deutschland eine neue Heimat und eine Zukunft jenseits von Krieg, Terror, Hunger

und Elend. Diese Menschen möchten ein neues Leben beginnen und sich aktiv in Deutschland einbringen. Momentan scheitert dies vor allem an bürokratischen Hürden, die die Menschen zum Verharren in überfüllten Unterkünften verdammt.

Wir fragen:

Wie werden Sie an den bürokratischen Beschränkungen arbeiten, um es Flüchtlingen zu ermöglichen beruflich tätig zu werden und damit auch besser in unsere Gesellschaft zu integrieren, z. B. auch in den Grünen Berufen?

Wie wollen Sie die Flüchtlinge motivieren, soziale Kontakte zu knüpfen, die deutsche Sprache zu lernen und sich aktiv mit der deutschen Kultur vertraut zu machen?

ÖDP: Die Flüchtlingsbewegungen des letzten Jahres und wohl auch diesen Jahres halten alle in Atem. Auch hier sind wieder viele Ehrenamtliche unterwegs, um zu helfen, um zu lehren und für vieles anderes. Natürlich oft ohne Anerkennung.

Wir haben in unserem Landtagswahlprogramm dazu festgehalten, dass „Die sprachliche, berufliche, bildungsmäßige und soziale Integration [ist] verstärkt zu fördern ist.“

Die Gesetze zur Integration von Flüchtlingen sind allesamt vorhanden, aber wir dürfen bezweifeln, ob diese für die aktuellen Zahlen zu integrierender Personen ausgelegt sind. Einige staatliche Stellen haben bereits reagiert, aber dennoch muss der Weg in die arbeitsstundenreichen Grünen Berufe einfacher gestaltet werden!

7. Schutz vor Übergriffen und Gewalt

Spätestens nach den Ereignissen der Neujahrsnacht in Köln, aber auch anderen Großstädten ist die Stimmung in Deutschland angespannt. Es kam bereits zu „Menschenjagden“ auf vermeintliche Asylanten durch Personen des rechten Spektrums. Doch auch in der allgemeinen Bevölkerung machen sich Sorgen und Ängste breit, die schnell zu eskalierenden Gewaltspiralen führen können.

Wir fragen:

Wie planen Sie, zukünftig die Sicherheit der Menschen sowohl mit als auch ohne Migrations- bzw. Fluchthintergrund in Rheinland-Pfalz zu gewährleisten?

Wie wollen Sie dem Klima von Angst und verstärkt auch Fremdenhass entgegenwirken?

Wie schätzen Sie das aktuelle Gefahrenpotential in Rheinland-Pfalz ein?

ÖDP: Wir in der ÖDP haben den wunden Punkt „Innere Sicherheit“ bereits früh erkannt und noch weit vor diesen Ereignissen in unser Programm aufgenommen. In den zurückliegenden Jahren wurde das durch Überstunden und Internetkriminalität entstandene Problem „Personaldefizit“ nicht gelöst. In unserem Wahlprogramm haben wir den wichtigen Punkt „Rheinland-Pfalz muss [...] die Zahl der Polizistinnen und Polizisten deutlich erhöhen.“, doch wohlmöglich müssen noch andere Entlastungsmaßnahmen geprüft werden, z.B. im Bereich der Polizeiverwaltung und der Justiz.

Angesichts der Verhältnisse in anderen Bundesländern kann man wohl davon ausgehen, dass es in Rheinland-Pfalz weniger gefährlich für alle ist, trotzdem ist derzeit eine erhöhte Aufmerksamkeit geboten.

Angst und Fremdenhass rühren von Unwissenheit und Unsicherheit her. Dem entgegenzuwirken wird schwierig, da es viel Arbeit und Engagement benötigt, die Flüchtlinge den Einheimischen „vorzustellen“ und somit nach und nach zu integrieren. Kleine Veranstaltungen zum Kennenlernen könnten da viel bewirken.

8. Ernährungsunterricht in den Schulen

Viele Kinder in deutschen Schulen wissen nicht mehr, wo ihre Lebensmittel herkommen und wie sie erzeugt werden. Daraus resultiert eine immer geringere Wertschätzung der Nahrungsmittel und auch ihrer Erzeuger. Gleichzeitig nehmen die ernährungsbedingten Zivilisationskrankheiten (z.B. Erkrankungen des Herz- Kreislaufsystems, Krebs, Diabetes, usw.) zu. Bereits jetzt gilt jedes fünfte Kind im Grundschulalter mittlerweile als zu dick. Wir sehen es daher als unverzichtbar an, schon frühzeitig Schüler durch Ernährungsunterricht aufzuklären. Es ist enorm wichtig, ihnen aufzuzeigen, wie gesunde, ausgewogene Ernährung aussieht und welche natürlichen Lebensmittel einen Beitrag zu körperlicher Gesundheit leisten. Schulen mit Kantinen sollten gesundes, frisches und regionales Essen anbieten. Projekttage und Elternabende sollten dazu genutzt werden, auch Eltern für die Thematik zu sensibilisieren.

Wir fragen:

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um einen Beitrag für die Gesundheit der Schüler in Rheinland-Pfalz zu leisten?

ÖDP: Auch darüber haben wir uns Gedanken gemacht und zitieren dazu einen schönen Punkt aus unserem Landtagswahlprogramm: „Die ÖDP will moderne Schulen schaffen, die auch praxisbezogen unterrichten (Projektunterricht, Praktika, neuartige Unterrichtsinhalte wie etwa Ökologie, Umweltbildung, Technisch-Kreatives Grundwissen, Soziales Verhalten, Gesundheit, Finanzen, Gärtnern und Kochen), die in kleinen Lerngruppen arbeiten und zusätzliche Tutoren für jede Gruppe einsetzen (um auch Kinder aus schwierigen sozialen Verhältnissen zu fördern), und die durch einen engen Kontakt zu den regionalen Betrieben Zukunftsperspektiven eröffnen.“ Wir hoffen damit schon die Kinder zu mündigen Konsumenten zu machen, für die Landwirtschaft kein Fremdwort ist.

9. TTIP und dessen Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz

Die Verhandlungen über das Transatlantische Handelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika werden kontrovers diskutiert. Viele Bürger zeigen sich skeptisch aufgrund der intransparenten Verhandlungen und Vertragsbestimmungen. Eine Rekordzahl an Unterschriften wurde europaweit gegen TTIP gesammelt.

Wir fragen:

Wie stehen Sie zu dem Abkommen?

Welche Chancen, aber auch Risiken sehen Sie für die Landwirte und Winzer in Rheinland-Pfalz und Deutschland?

ÖDP: Unsere Haltung zu CETA, TTIP und TISA ist klar und eindeutig. Wir sind generell gegen solche Abkommen, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden und auch im Nachhinein vom Volk nicht beeinflusst werden können und die die Abschaffung unseres Vorsorgeprinzips beinhalten! Diese Demokratiefeindlichkeit und die Bevorzugung von Großkonzernen lehnt die ÖDP ab.

Der Wettbewerb der Produzenten auf beiden Seiten des Atlantiks führt zu Preisdumping und kann letztlich für die Umwelt keine Hilfe sein.

Betrachtet man die Betriebsgrößen der landwirtschaftlichen Betriebe, dann fällt auf, dass in den USA bereits 1940 eine durchschnittliche Betriebsgröße die heutzutage in Deutschland übliche Betriebsgröße erreicht war. Heute ist ein US-Agrar-Betrieb ca. dreimal so groß wie ein deutscher.

Gefährlicher könnte da nur noch die Zwangsausschreibung der Berufsbildung werden und ein gewinnorientierter Bildungsträger den Zuschlag bekommen.

10. Förderung des Berufswettbewerbes der deutschen Landjugend

Der Berufswettbewerb der Deutschen Landjugend wird seit über 60 Jahren deutschlandweit veranstaltet. Er bietet jungen Auszubildenden in den Grünen Berufen die Gelegenheit, ihr Können und Wissen unter Beweis zu stellen, Kolleg/innen in gleichen Lebenszusammenhängen kennen zu lernen und sich mit diesen auszutauschen. Sie betreiben damit aktive Öffentlichkeitsarbeit für ihren Beruf und auch für ihr Bundesland. Erst durch die Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz ist auch die Durchführung im Land möglich. Es wäre bedauerlich für die Grünen Berufe, die jungen Menschen und letztlich auch für das Land Rheinland-Pfalz, wenn der Wettbewerb aus haushaltspolitischen Gründen in unserem Land nicht mehr durchgeführt werden kann. Rheinland-Pfalz wäre dann das einzige Land, das keine Teilnehmer am Bundesentscheid stellt.

Wir fragen:

Wie stehen Sie zu dem Berufswettbewerb der deutschen Landjugend und dessen finanzieller Förderung in der Zukunft?

ÖDP: Wir stehen uneingeschränkt zur Förderung des Berufswettbewerbes und kritisieren die Beanstandungen der Rechnungshöfe. Hier werden keine Riesensummen verspielt und versickern auch nirgends. Wenn die Elitenförderung an den Universitäten Millionen kostet, muss auch hierfür genug vorhanden sein! Die Bildung ist insgesamt eine der Kernaufgaben der Landespolitik, auf die die ÖDP ein besonderes Augenmerk hat.

11. Mögliche Koalitionspartner

Das Parteienspektrum in Deutschland und entsprechend auch in Rheinland-Pfalz ist sehr breit und diversifiziert. Für viele Wähler ist es nicht nur interessant, welche Partei die Mehrheit erlangt, sondern auch, mit welcher Partei eine Regierung gebildet wird.

Wir fragen:

Mit welcher Partei können Sie sich am ehesten eine konstruktive Zusammenarbeit vorstellen und welche scheiden als Partner definitiv aus?

ÖDP: Die ÖDP wird immer in den Parlamenten das Gespräch mit allen demokratischen Kräften suchen. Auszuschließen ist eine Zusammenarbeit mit AfD und anderen rechten Gruppierungen. Auf der anderen Seite gibt es inhaltlich nur sehr wenige Überschneidungen mit der neoliberalen FDP. Eine Koalitionsentscheidung wollen wir von den verhandelten Sachthemen abhängig machen.

12. Landwirtschafts- und Weinbaupolitik

Für uns, die Landjugendverbände in Rheinland-Pfalz, ist die Landwirtschafts- und Weinbaupolitik von existenzieller Bedeutung. Auch ist eine möglichst autarke Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ein hohes Gut, das nicht leichtfertig aufgegeben werden sollte. Um dies zu gewährleisten ist eine gute verwaltungstechnische und politische Begleitung durch das Land Rheinland-Pfalz notwendig.

Wir fragen:

Werden Sie die Landwirtschafts-, Forst- und Weinbaupolitik in einem eigenständigen Ministerium gestalten und umsetzen? Falls nein, warum nicht?

ÖDP: Rheinland-Pfalz ist das Weinbaugebiet Nr.1 in Deutschland und hat auch im Gemüseanbau eine gewichtige Rolle. Dazu kommen die ausgedehnten Wälder im Land. Daher sollte man auf jeden Fall über ein eigenes Ministerium nachdenken! Nach Ihren Vorstellungen würde dann der Bereich Umwelt aus dem bisherigen Ministeriumszuschnitt herausfallen. Hier sehen wir aber auch wichtige Synergieeffekte und würden in dieser Frage gerne noch einmal das Gespräch mit Ihnen suchen.

13. Chancen, Perspektiven und Planungssicherheit für Junglandwirte und Jungwinzer in Rheinland-Pfalz

Für eine zukunftsfähige, nachhaltige und flächendeckende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Rheinland-Pfalz sind verlässliche, planungssichere und praktikable Rahmenbedingungen unerlässlich. Nur dann sehen junge Nachwuchskräfte Perspektiven in ihrem Beruf.

Wir fragen:

Wie stellen Sie eine attraktive Junglandwirte- und Jungwinzerförderung in Rheinland-Pfalz sicher?

Wie stellen Sie sich eine zielführende Förderung von Existenzgründern vor?

ÖDP: Die Förderpraxis stellt sich gerade für Unternehmensgründer oft problematisch dar, da oft ein hoher Eigenkapitalanteil an Investitionen verlangt wird. Da für Betriebe mit kleineren Investitionsvolumina Gleichberechtigung zu schaffen ist ein Punkt. Das Vorhalten von Fördergeldern ist aber auch sonst unerlässlich, um jungen Betriebsleitern die Modernisierung des elterlichen Betriebes zu ermöglichen.

14. Bekenntnis zum Produktionsstandort Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz ist ein landwirtschaftlich und weinbaulich geprägtes Flächenland. Wir sind stolz auf die hier nachhaltig produzierten Qualitätsprodukte. Politik und Gesellschaft stellen jedoch immer höhere Ansprüche an die Landwirtschaft. Die Produkte sollen ressourcenschonend, nachhaltig und regional erzeugt werden, aber gleichzeitig möglichst billig sein. Jedoch ist eine bedarfsdeckende, lokale Erzeugung nur durch eine intensivierete Bewirtschaftung möglich. Diese wird jedoch von breiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt.

Wir fragen:

Was werden Sie tun, um die Akzeptanz von bestehenden und neuen Produktionsstandorten zu steigern und die Konkurrenzfähigkeit rheinland-pfälzischer Betriebe zu erhalten bzw. zu erhöhen?

ÖDP: Die ÖDP steht sehr zur regionalen Produktion von Lebensmitteln und bewirbt dies auch so schon. Dass neue Produktionsstandorte von Anwohnern kritisiert werden ist wahrscheinlich jeder Branche bekannt. Um z.B. Tierhaltern eine sinnvolle Ansiedelung hier zu ermöglichen müssen vielleicht nationale Verteilungskonzepte erarbeitet werden, die eine Überproduktion/-konkurrenz vermeiden und für eine regionale Produktion gleichzeitig Sorge tragen. Unter Umständen muss auch eine gesonderte Förderung von Verarbeitungsbetrieben ins Auge gefasst werden, die wiederum der Akzeptanz dienlich sind.

15. Entbürokratisierung

Landwirtschaft und Weinbau werden von einer immer überbordender werdenden Bürokratie schier erdrückt. Einen großen Teil ihrer Arbeitszeit müssen Landwirte und Winzer dem Ausfüllen, Bearbeiten, Überprüfen und Abgleichen von Anträgen und Nachweisen widmen. Hier den Überblick zu behalten ist fast unmöglich. Zu ihrer eigentlichen Arbeit kommen sie kaum noch, bzw. es geht zu Lasten ihrer ohnehin schon knappen Freizeit.

Wir fragen:

Was werden Sie tun, um die gigantische Bürokratie im Agrar- und Weinbaubereich einzudämmen?

ÖDP: Dass die Bauern und Winzer heute einen Großteil ihrer Arbeitszeit im Büro verbringen ist kein Geheimnis mehr! Eine Arbeit, die sie in jahrelanger Ausbildung nicht angestrebt hatten! Ein eigenes berufsinternes Gremium, das Möglichkeiten zur Entbürokratisierung ermittelt und der Landesregierung vorlegt könnte Abhilfe schaffen. Ob das Gremium Antragsrecht genießen soll wäre auch eine Überlegung wert.

ÖDP Rheinland-Pfalz
Neckarstr. 27-29
55118 Mainz
06131/679820
www.oedp-rlp.de